

Die Wende in der europäischen Wettbewerbspolitik

XXXVI. FIW Symposium

Innsbruck - 05/03/2003

1. Einleitung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Einladung zu dem diesjährigen „Innsbrucker Symposium“. In nunmehr 36 Jahren hat sich diese Veranstaltung zu dem deutschsprachigen Forum für Fragen der Wirtschaftsverfassung entwickelt. Es ist daher eine Freude für mich, dieses Jahr erstmalig (?) dabei zu sein, um mit Ihnen über „die Wende in der europäischen Wettbewerbspolitik“ zu diskutieren.

Ich muss dabei gestehen, dass ich mir nicht sicher bin, ob dieser Titel wirklich gut gewählt ist. Der Begriff „Wende“ scheint mir doch etwas zu weit zu gehen. Wir kehren ja nicht völlig von unserem bewährten Kurs ab, um nach einem Schwenk von 180 Grad sozusagen zurück in die Vergangenheit zu fahren. Im Gegenteil: Die wichtigen Reformen, über die wir hier diskutieren, haben ja gerade zum Ziel, die Wettbewerbspolitik der Europäischen Union zukunftssicher zu gestalten. Insofern, ist es vielleicht angebrachter, von wichtigen „Weichenstellungen“ zu sprechen, die wir in den letzten Jahren vorgenommen haben und die wir auch in diesem Jahr weiter verfolgen werden.

Unter diesen Weichenstellungen sind zwei von zentraler Bedeutung: Die neue Durchführungsverordnung zu Artikel 81 und 82 sowie die Reform der Fusionskontrolle. Ich möchte mich daher in meinen Ausführungen auf diese Punkte konzentrieren.

Beginnen möchte ich mit der Modernisierung des Kartellverfahrens.

2. Die Modernisierung des Kartellverfahrens

Ende des letzten Jahres erließ der Rat die Verordnung Nr. 1/2003 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln. Diese Verordnung bringt die ersten Phase des Projekts "Modernisierung" zu Ende, das vor mehr als drei Jahren mit der Veröffentlichung eines Weißbuches begann. Die neue Verordnung wird ab dem 1. Mai 2004 anwendbar sein.

Den meisten von Ihnen ist diese Verordnung inzwischen sicherlich gut bekannt. Lassen Sie mich daher nur kurz die wesentlichen Elemente des neuen Systems zusammenfassen:

Der zentrale Punkt ist natürlich der **Übergang vom Anmeldesystem zur direkten Anwendbarkeit der Ausnahmegvorschrift des Artikel 81 Absatz 3**. Niedergelegt ist dieses Grundprinzip in Artikel 1 der Verordnung. Hervorzuheben ist, dass hierdurch das Verbotprinzip als zentraler Punkt der gemeinschaftlichen Wettbewerbsregeln nicht beeinträchtigt wird. Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen - die nicht die Voraussetzungen des Artikel 81 Absatz 3 EGV erfüllen – sind auch weiterhin verboten.

Das System der ‚Legalausnahme‘ ersetzt das zentralisierte Anmelde- und Genehmigungssystem und wird es uns ermöglichen, die Tätigkeit der Kommission stärker auf die Verfolgung schwerwiegender Wettbewerbsbeschränkungen auszurichten.

Der Übergang zum neuen System wird insbesondere in den Entscheidungstypen erkennbar, die die Verordnung vorhält. Weder die Behörden der Mitgliedstaaten noch die Kommission werden in Zukunft Freistellungsentscheidungen alten Typs erlassen. Vielmehr sind alle Entscheidungsarten auf die Verfolgung und Ahndung von Rechtsverstößen ausgerichtet.

Die einzige Ausnahme bilden die Entscheidungen der Kommission gemäß Artikel 10 der Verordnung. Nach dieser Vorschrift kann die Kommission durch Entscheidung feststellen, dass Artikel 81 keine Anwendung findet, weil die Voraussetzungen des Absatz 1 nicht vorliegen oder weil die Voraussetzungen des Absatz 3 erfüllt sind.

Solche Entscheidungen sind nur von Amts wegen, nicht auf Antrag der Unternehmen, zu treffen, und zwar dann, wenn es das öffentliche Interesse erforderlich macht. Die Funktion des Artikel 10 ist damit eindeutig darauf ausgerichtet, der Kommission als Instrument zur Sicherung der kohärenten Anwendung der Wettbewerbsregeln zu dienen. Es dient nicht dem individuellen Interesse der beteiligten Unternehmen an einem ‚Zertifikat‘ über die Rechtmäßigkeit einer Vereinbarung

Die zweite wesentliche Änderung ist die **Aufgabe des Freistellungsmonopols der Kommission**. In der Zukunft werden die einzelstaatlichen Wettbewerbsbehörden und Gerichte Artikel 81 umfassend anwenden können, wie dies bereits bei Artikel 82 der Fall ist. Die nationalen Wettbewerbsbehörden und die Kommission gehen im Rahmen eines Netzes gemeinsam gegen Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht der Gemeinschaft vor. Die einzelstaatlichen Gerichte schützen die individuellen Rechte, die die EU-Bürger aus dem Gemeinschaftsrecht ableiten können, indem sie Schadenersatz zuerkennen oder über die Erfüllung von Verträgen entscheiden.

Drittes wesentliches Element ist die **Anwendung des europäischen Wettbewerbsrechts auf alle Fälle, die den Handel zwischen den Mitgliedsstaaten beeinträchtigen**. Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung sieht vor, dass die Gerichte und Behörden der Mitgliedstaaten verpflichtet sind, Artikel 81 und 82 auf alle Fälle anzuwenden, die das Kriterium der Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels erfüllen.

Daneben lässt die Verordnung die parallele Anwendung nationalen Kartellrechts zu. Diese unterliegt aber im Hinblick auf Vereinbarungen der Konvergenzregel des Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung. Danach können Vereinbarungen, die nach Artikel 81 rechtmäßig sind, nicht nach nationalem Recht untersagt werden. Dies gilt sowohl für Vereinbarungen, die in den Anwendungsbereich des Artikel 81 fallen, aber nicht vom Verbot des 81(1) erfasst werden, wie für Vereinbarungen, die zwar unter die Verbotsregel fallen, aber die Voraussetzungen der Ausnahmenvorschrift des 81(3) erfüllen.

Darüber hinaus erfolgt in der neuen Verordnung eine **Anpassung der Ermittlungsbefugnisse und Sanktionen der Kommission**. Die neue Verordnung regelt, ebenso wie die Verordnung Nr. 17, ausschließlich die Ermittlungsbefugnisse und Sanktionsmöglichkeiten in den Wettbewerbsverfahren auf Gemeinschaftsebene. In diesem Bereich war der Verordnung Nr. 17 eine effektive Lösung gelungen – zumal wenn man ihre Entstehungszeit bedenkt. Da ihre Regelungen ein hohes Maß an Aktualität aufwiesen, konnte sich die neue Verordnung weitgehend an ihre Vorgängerin anlehnen.

Neuregelungen wurden dort getroffen, wo bestimmte Aspekte den Anforderungen an effektive Ermittlungen und hinreichend abschreckende Sanktionen nicht mehr genügten. Zu nennen sind:

- die Befugnis zur Durchführung von Befragungen bei Einwilligung der betreffenden Person;
- die Befugnis zur Versiegelung in Geschäftsräumen zur Sicherung des Nachprüfungserfolges;
- die Ausdehnung des Fragerechts im Rahmen von Nachprüfungen in Geschäftsräumen;
- die Befugnis zur Nachprüfung in anderen als Geschäftsräumen, einschließlich Privatwohnungen;
- die Anpassung des Bußgeldrahmens für Verfahrensverstöße.

Insgesamt bin ich davon überzeugt, dass wir mit der neuen Verordnung die Basis für eine effizientere Anwendung der Artikel 81 und 82 EG gelegt haben. Diese „Wende“ ist von entscheidender Bedeutung, um die Glaubwürdigkeit der Wettbewerbspolitik der Kommission in einer Union von 25 Mitgliedstaaten und mehr zu gewährleisten.

Wir dürfen uns jetzt allerdings nicht auf diesen Lorbeeren ausruhen und bis zum 1. Mai 2004 die Hände in den Schoß legen. Es ist vielmehr entscheidend, dass wir im Jahr 2003 die nächste Phase des Projekts „Modernisierung“ voranzutreiben. Nur so können wir garantieren, dass das neue System vom ersten Tag an voll einsatzfähig sein wird.

Die Umsetzung der neuen Durchführungsverordnung erfordert Maßnahmen auf hauptsächlich drei Gebieten:

1. die Annahme einer Reihe von Maßnahmen, die die Verordnung 1/2003 begleiten. Dies ist das sogenannte "**Modernisierungspaket**";

2. den Aufbau des Netzes von EU-Wettbewerbsbehörden, des „**Europäischen Wettbewerbsnetzes**“ (European Competition Network);
3. die Anpassung der **internen Arbeitskultur** der GD-Wettbewerb.

1. Das „Modernisierungspaket“

Lassen Sie mich zunächst auf das „Modernisierungspaket“ eingehen. Hierunter verstehen wir eine Reihe von begleitenden Texten, die vor allem die Ausübung der Befugnisse erleichtern sollen, die in Verordnung 1/2003 vorgesehen sind.

Neben mehreren Mitteilungen - auf welche ich in einer Minute zurückkommen werde - enthält das „Modernisierungspaket“ eine Verordnung der Kommission, welche die Verordnung 1/2003 implementiert. Diese **Durchführungsverordnung** wird hauptsächlich die Modalitäten für die Anhörung der Parteien, der Beschwerdeführer und anderer Dritter in solchen Fällen regeln, in denen die Kommission darauf abzielt, eine Verbotsentscheidung zu treffen und/oder Bußgelder zu verhängen.

Daneben beabsichtigen wir, **mindestens sechs Mitteilungen** herauszugeben, die einige der Hauptmerkmale der neuen Verordnung erläutern.

Die ersten zwei Mitteilungen behandeln Konzepte, die für die Anwendung von Artikel 81 EG zentral sind: das Konzept der Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten und die Prinzipien, die Artikel 81 (3) zugrundeliegen.

- Die **Mitteilung über die Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten** hängt eng mit der Anwendung von Artikel 3 der Verordnung 1/2003 zusammen. Gemäß dieser Bestimmung müssen nationale Wettbewerbsbehörden und nationale Gerichte, die in einem Wettbewerbsfall nationales Wettbewerbsrecht anwenden, parallel hierzu auch Artikel 81 oder 82 EG anwenden, sobald die Vereinbarungen oder Handlungsweisen, die dem Fall zugrundeliegen, den Handel zwischen den Mitgliedstaaten beeinflussen können. Es ist deshalb wichtig, ein Maximum an Klarheit in Bezug auf dieses Konzept schaffen. Die Mitteilung wird daher die Hauptprinzipien darlegen, die im Fallrecht des Gerichts erster Instanz und des Gerichtshofs enthalten sind. Es ist jedoch nicht das Ziel der Bekanntmachung, den Anwendungsbereich der EU-Wettbewerbsregeln zu verringern.
- Verordnung 1/2003 schafft das Freistellungsmonopol der Kommission ab und ermächtigt die nationalen Wettbewerbsbehörden und Gerichte, Artikel 81 (3) EG anzuwenden. Um sie dabei zu unterstützen, werden wir auch eine **Mitteilung über Artikel 81 (3)** veröffentlichen, die die Methodik für die Anwendung dieser Bestimmung darlegt und das bestehende Fallrecht zusammenfasst. Dadurch wird auch den Bedenken entsprochen, die zahlreiche Vertreter von Unternehmen und der Anwaltschaft im Hinblick auf die dezentrale Anwendung des Artikel 81(3) geäußert haben.

Ein zweites Paar von Mitteilungen konzentriert sich auf die Beziehungen zwischen den verschiedenen Behörden und Gerichten, die in Zukunft die europäischen

Wettbewerbsregeln durchsetzen. Diese Mitteilungen werden hauptsächlich vorbereitet, um die Zusammenarbeitsmechanismen ausführlich zu erläutern, die der effizienten und einheitlichen Anwendung von Artikel 81 und 82 überall in der Union dienen sollen.

- Die **Mitteilung über die Zusammenarbeit innerhalb des Netzes von Wettbewerbsbehörden** wird hauptsächlich die Arbeitsteilung innerhalb des Europäischen Wettbewerbsnetzes und die Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den Wettbewerbsbehörden innerhalb des Netzes behandeln.
- Die überarbeitete **Mitteilung über die Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den nationalen Gerichten** wird die Modalitäten der Zusammenarbeitsmechanismen erklären, die in Artikel 15 von Verordnung 1/2003 vorgesehen sind. Sie wird insbesondere die neu festgelegte Möglichkeit für die Kommission ansprechen, vor nationalen Gerichten als amicus curiae schriftlich oder mündlich Stellung zu nehmen.

Schließlich wird es noch zwei Mitteilungen geben, die die Beziehungen zwischen der Kommission und wichtigen „Stakeholdern“ behandeln. Wir beabsichtigen zum einen, eine **Mitteilung über die Behandlung von Beschwerden** gemäß Artikel 7 von Verordnung 1/2003 zu verabschieden. Zum anderen planen wir eine **Mitteilung über Stellungnahmen** (opinions), mit denen wir Unternehmen bei der Bewertung neuer oder ungelöster Rechtsfragen unterstützen.

2. Das Europäische Wettbewerbsnetz

Verordnungen und Mitteilungen alleine sind jedoch nicht ausreichend, um das neue System erfolgreich zu gestalten. Sie können nur ein erster Schritt sein. Darüber hinaus ist es von zentraler Bedeutung, dass die europäischen Wettbewerbsbehörden eng und koordiniert zusammenarbeiten.

Der Oktober letzten Jahres sah daher die Geburtsstunde des **Europäischen Wettbewerbsnetzes** (European Competition Network - ECN). Innerhalb dieses Netzwerkes kommen die Kommission und die nationalen Wettbewerbsbehörden regelmäßig zusammen, um die Fragen zu diskutieren, die zentrale Wichtigkeit für die erfolgreiche Umsetzung von Verordnung 1/2003 besitzen. Hierzu gehören die Aufteilung der Fallarbeit, der Austausch vertraulicher Informationen, gemeinsame Untersuchungen und die Einrichtung eines Intranets. Das Europäische Wettbewerbsnetz wird sich weiterhin im Jahre 2003 und 2004 treffen, um sich auf die Anwendung von Verordnung 1/2003 vorzubereiten.

Darüber hinaus ist die Generaldirektion Wettbewerb bestrebt, sowohl die Mitgliedstaaten der EU als auch die Kandidatenländer bei der Anpassung ihres nationalen gesetzlichen Rahmens an das neue Durchführungssystem zu unterstützen. Schließlich hoffen wir, zur Ausbildung nationaler Richter bei der Anwendung von Artikeln 81 und 82 EG beitragen zu können und die Netzwerke zwischen jenen Richtern zu unterstützen.

3. Die Anpassung der Arbeitskultur der GD Wettbewerb

Neben diesen, nach aussen gerichteten, Aktivitäten, ist es schließlich aus meiner Sicht unabdingbar, dass wir die verbleibende Zeit nutzen, um die Kultur und interne Organisation der Generaldirektion Wettbewerb auf die neuen Herausforderungen der „modernisierten“ Welt vorzubereiten.

Wir müssen insbesondere eine **proaktivere Ermittlungskultur entwickeln**. In der Zukunft werden wir keine Freistellungen mehr aussprechen, sondern uns auf negative Entscheidungen, die Verstösse gegen das Kartellrecht feststellen, konzentrieren. Um diese Verstösse festzustellen, wird das Sammeln von Marktinformationen und die Überwachung von Märkten eine noch grössere Wichtigkeit haben als bisher. Ich zweifle nicht daran, dass wir diesen Mentalitätswechsel erfolgreich bewältigen werden.

Daneben werden die Anforderungen an unsere **Ressourcen** im neuen System nicht geringer sondern eher steigen. Die Organisation des Netzwerkes, die Verarbeitung der Informationen, die von den nationalen Wettbewerbsbehörden übermittelt werden und die Vorbereitung von formalen Stellungnahmen und „amicus curiae“ Memoranden werden ein signifikantes Maß an Ressourcen binden und müssen in die bestehende Organisationsstruktur eingebunden werden.

Diese Herausforderungen erscheinen jedoch bewältigbar. Insgesamt bin ich davon überzeugt, dass wir mit der Modernisierung den richtigen Weg in die Zukunft eingeschlagen haben.

3. Reform der Fusionskontrollverordnung

Lassen Sie mich nun auf die zweite wesentliche Weichenstellung der europäischen Wettbewerbspolitik eingehen, die Reform der Fusionskontrolle. Das Ziel dieser Reform ist es, auf den allgemein anerkannten Erfolgen der Vergangenheit aufbauend, sicherzustellen, dass die Fusionskontrollverordnung den wirtschaftlichen Realitäten der Gegenwart und der Zukunft angepasst bleibt.

Diese Reform, die wir schon seit längerem vorbereiten, kommt zum richtigen Zeitpunkt. Die bis letztes Jahr stetig steigende Zahl an Fusionsanmeldungen und die zunehmende wirtschaftliche Komplexität der Fälle haben das bisherige System stark beansprucht.

Darüber hinaus werfen natürlich auch die drei **Urteile**, dies das Gericht Erster Instanz letztes Jahr in den Fällen Airtours/First Choice, Schneider/Legrand und Tetra Laval/Sidel ausgesprochen hat, wichtige Fragen auf. Ich möchte allerdings betonen, dass unsere Reformen nicht eine Folge der Niederlagen vor dem EuGH sind. Sie geben jedoch eine Antwort auf eine Reihe von Kritikpunkten, die berechtigterweise im Hinblick auf Schwächen in unseren Entscheidungen erhoben wurden. Allerdings möchte ich auch unterstreichen, dass wir nicht in allen Punkten mit dem Gericht erster Instanz übereinstimmen. Insbesondere im Fall Tetra/Laval sind wir der Ansicht, dass unsere Untersagungsentscheidung wohl begründet war. Die Kommission hat daher in diesem Fall Revision vor dem Europäischen Gerichtshof eingelegt. Wir müssen nun

abwarten, wie das Gericht die schwierigen juristischen und ökonomischen Fragstellungen in diesem Fall bewertet.

Die Reform der FKVO zielt darauf ab, die Vorteile des bestehenden Systems zu erhalten und zu verbessern. Zwei Leitvorstellungen liegen dabei zugrunde: Zum einen wollen wir die Transparenz und Konsistenz der Fusionskontrolle verstärken. Zum anderen wollen wir den Entscheidungsfindungsprozeß der Kommission verbessern und sicherstellen, daß unsere Analysen in einer soliden ökonomischen Argumentation verankert sind.

Das Reformpaket, das diese Zielsetzungen umsetzt, besteht aus **zwei wesentlichen Elementen**:

- Zum einem in einem Vorschlag für eine Neufassung der Fusionskontrollverordnung. Dieser Vorschlag liegt nun dem Rat vor und wird dankenswerter Weise von der griechischen Präsidentschaft als eine Priorität behandelt. Die Diskussionen in der zuständigen Arbeitsgruppe des Rats sind sehr konstruktiv und ich hoffe, dass die neue Verordnung vor dem Beitritt der Kandidatenländer verabschiedet werden kann.
- Zum anderen haben wir einen Entwurf für Leitlinien für die Bewertung horizontaler Zusammenschlüsse veröffentlicht. Dieser Entwurf ist zur Zeit Gegenstand einer breiten öffentlichen Konsultation. Für Ihre Beiträge bis Ende März wäre ich in diesem Zusammenhang dankbar.

In Ergänzung zu diesen beiden Elementen haben wir eine Reihe von Maßnahmen bereits beschlossen, die den Entscheidungsprozess verbessern sollen und von denen einige in eine Zusammenstellung von “best practices” eingeflossen sind.

Lassen Sie mich etwas näher auf den Inhalt der Reform und ihre wichtigsten Elemente eingehen:

Der erste nennenswerte Punkt ist sicher die Frage des **materiell-rechtlichen Tests**. Wie Sie wissen hat das Grünbuch der Kommission eine Diskussion über die Vorteile des “Marktbeherrschungstests”, der uns als Kriterium für die materiellrechtliche Prüfung von Zusammenschlüssen dient, angestossen. Insbesondere die möglichen Vorteile des von Wettbewerbsbehörden in anderen Ländern, so in den USA und seit kurzem auch in Großbritannien und in Irland, verwendeten „SLC“-Tests wurde seitdem intensiv diskutiert.

Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile sind wir nun zu der Überzeugung gekommen, dass der Marktbeherrschungstest - richtig angewandt - in der Lage ist, alle möglichen Wettbewerbsprobleme aufzugreifen, die durch Fusionen entstehen können. Jedoch sind einige Kommentatoren der Ansicht, dass es eine Lücke in der Reichweite des Tests geben kann. Um die Rechtssicherheit zu gewährleisten, schlagen wir daher vor, im Verordnungstext klarzustellen, dass der Marktbeherrschungstest auch Situationen von sogenannten “unilateral effects” in Oligopolsituationen abdeckt. Diese Klarstellung erfolgt direkt in Artikel 2 der FKVO und in einer erläuternden Präambel.

Darüber hinaus dient der Mitteilungsentwurf über die Beurteilung von “horizontalen” Zusammenschlüssen zwischen Konkurrenzunternehmen natürlich auch der Klarstellung des Tests. In diesem Mitteilungsentwurf wird klar und umfassend dargelegt, wie wir bei der Bewertung horizontaler Zusammenschlüsse vorgehen. Auf diese Weise wird die Analyse von Fusionsfällen nachvollziehbar und berechenbar gemacht, was allen Beteiligten mehr Rechtssicherheit garantiert. Wir planen, noch in diesem Jahr den Entwurf weiterer Leitlinien für die Prüfung vertikaler und konglomerater Zusammenschlüsse zu veröffentlichen.

In dem nun vorliegenden ersten Leitlinienentwurf wird ausgeführt, wie die Wirkung eines Zusammenschlusses auf den Wettbewerb in einem Markt zu prüfen ist. Dabei wird unter anderem klargestellt, wie wir den Begriff der Marktbeherrschung bei oligopolistischen Marktstrukturen anwenden. Die Leitlinien bieten auch Orientierungshilfe für Marktanteilsschwellenwerte, die auf eine marktbeherrschende Stellung hindeuten, wenngleich selbstverständlich die Umstände jedes Einzelfalls zu prüfen sind.

In den Leitlinien wird überdies auf einzelne Faktoren eingegangen, die bewirken können, dass eine auf den ersten Blick vorliegende Wettbewerbsgefährdung neutralisiert wird. Zu diesen Faktoren zählen die Nachfragemacht, der ungehinderte Marktzutritt, die Sanierungsfusion und Effizienzvorteile.

Die **ausdrückliche Berücksichtigung von Effizienzvorteilen** einer Fusion ist ein Kennzeichen einer an wirtschaftlichen Tatbeständen orientierten Analyse und daher eine begrüßenswerte Entwicklung. Ich möchte jedoch klarstellen, dass die Möglichkeit einer solchen “efficiency defense” nicht eine Aufweichung des generell hohen Schutzniveaus der europäischen Fusionskontrolle bedeutet. Effizienzargumente können nur dann akzeptiert werden, wenn wir mit hinreichender Sicherheit feststellen können, dass die fusionsbedingten Effizienzvorteile das neue Unternehmen dazu veranlassen, sich in einer dem Wettbewerb förderlichen Weise zum Wohl der Verbraucher zu verhalten. Voraussetzung für eine solche Feststellung ist, dass die Effizienzvorteile den Verbrauchern direkt zugute kommen, wesentlich und nachprüfbar sind und rechtzeitig eintreten. Die Beweislast liegt dabei eindeutig bei den beteiligten Unternehmen. Diese müssen überdies nachweisen, dass die Effizienzvorteile so erheblich sind, dass die negativen Auswirkungen des Zusammenschlusses auf den Wettbewerb aufgewogen werden. Gleichzeitig wird im Leitlinienentwurf darauf hingewiesen, dass ein Zusammenschluss, der ein Monopol oder eine monopolähnliche Stellung begründet, in aller Regel nicht aufgrund seiner Effizienzvorteile genehmigt werden kann.

Die praktische Umsetzung dieser Prinzipien wirft eine Reihe interessanter Fragen auf. Bei ihrer Beantwortung profitieren wir natürlich auch von unseren engen Kontakten mit den Kollegen der amerikanischen Wettbewerbsbehörden, mit denen wir in den letzten Monaten einen intensiven Gedankenaustausch zu diesem Thema gepflegt haben.

Weitere wichtige Elemente in unserem Reformvorschlag betreffen den **Zeitraumen für Fusionsverfahren** und die Arbeitsteilung mit den nationalen Wettbewerbsbehörden.

Zum ersten Punkt möchte ich festhalten, dass ich den festen Zeitplan der europäischen Fusionskontrolle stets als einen der zentralen Erfolgsfaktoren angesehen habe. Von daher spricht sich unser Vorschlag auch klar gegen eine allgemeine Erosion der gegenwärtigen - wie wir alle wissen, kurzen - Fristen aus. Jedoch sind wir der Ansicht, dass es in bestimmten Fällen – insbesondere in komplexen Phase II Fällen - für beide Seiten von Vorteil ist, etwas mehr Flexibilität in das System einzubauen. Daher enthält unser Vorschlag eine Reihe von Änderungen an den Zeitbestimmungen der Verordnung, insbesondere um mehr Zeit für die Bewertung von Zusagen und zur gründlichen Analyse komplexer Fälle zu erhalten.

Die **Arbeitsteilung mit den nationalen Wettbewerbsbehörden** ist ein zweiter Punkt, der bei jeder Überprüfung der Fusionskontrollverordnung eine prominente Rolle spielt. Das allgemein anerkannte Ziel ist es, die Allokation von Fusionsfällen zwischen der Kommission und den nationalen Wettbewerbsbehörden im Lichte des Subsidiaritätsprinzip zu optimieren und gleichzeitig das Problem der Mehrfachanmeldungen zu reduzieren. Nachdem die bisherigen Versuche, dieses Problem über die Einführung neuer Umsatzschwellen zu lösen, gescheitert sind, schlagen wir nun vor, die Bestimmungen hinsichtlich der Verweisung von Fällen zwischen der Kommission und den Mitgliedsstaaten zu vereinfachen und flexibler zu machen.

Soweit zu den beiden Kernstücken der Reform. Daneben haben wir eine Reihe **nicht-legislativer Maßnahmen** vorgesehen, die den Entscheidungsprozess innerhalb der Kommission bei Fusionsfällen verbessern sollen. Gleichzeitig sollen den Unternehmen dadurch bessere Möglichkeiten geboten werden, sich während des Prüfverfahrens Gehör zu verschaffen. Vorgesehen sind unter anderem folgende Maßnahmen:

- Schaffung des Postens eines **Chefökonom** in der Generaldirektion Wettbewerb. Dieser Chefökonom soll ein anerkannter Wirtschaftsexperte sein, der auf Basis eines dreijährigen Zeitvertrages für die Kommission arbeitet und mir persönlich unterstellt sein wird. Er wird über einen Mitarbeiterstab von rund 10 spezialisierten Ökonomen verfügen und in die Prüfung von Zusammenschlüssen und anderen Wettbewerbsfällen einbezogen werden. Seine - oder Ihre - endgültigen Empfehlungen zu den einzelnen Fällen werden sowohl Mario Monti als auch dem Kollegium der Kommissionsmitglieder übermittelt.

Die Stellenausschreibung für diesen hochinteressanten Posten erfolgte kürzlich. Der Beschluss über die Ernennung soll im Juni getroffen werden. Ich hoffe, dass der oder die erfolgreiche BewerberIn die Stelle möglichst bald danach antreten wird.

- Die Generalisierung des bereits bestehenden Systems von **“advocatus diaboli” Panels**. Für komplexe Fälle soll ein Panel aus erfahrenen Beamten bestellt werden, das die Schlussfolgerungen des „Case Teams“ an zentralen Stellen des Verfahrens unvoreingenommen noch einmal überprüft.
- Der Mitarbeiterstab der **Anhörungsbeauftragten** wird aufgestockt.
- Den Unternehmen, deren Fusionsvorhaben geprüft wird, wird zu einem früheren Zeitpunkt Gelegenheit zur **Akteneinsicht** gegeben. Dies gilt vor allem für Fälle,

in denen die zweite Prüfungsphase eingeleitet worden ist. Ebenso geben wir den Unternehmen jetzt früher Gelegenheit, Einsicht in Stellungnahmen Dritter zu nehmen, die Bedenken angesichts der Auswirkungen des geplanten Zusammenschlusses äußern. Dabei muß die Vertraulichkeit natürlich gewahrt bleiben. Soweit möglich, sollen die fusionierenden Unternehmen diese Bedenken auch direkt mit den betreffenden dritten Unternehmen und mit der Kommission erörtern können.

- Wir beabsichtigen, systematisch an zentralen Punkten des Verfahrens so genannte **“State of Play”-Zusammenkünfte** mit den beteiligten Unternehmen anzubieten. Damit soll gewährleistet werden, dass die beteiligten Unternehmen über den Stand der Untersuchung auf dem Laufenden gehalten werden und Gelegenheit erhalten, ihren Fall mit höherrangigen Kommissionsbediensteten zu erörtern.

Einige dieser Maßnahmen sind in einem Leitlinienentwurf zu bewährten Praktiken enthalten. Hierzu hatten wir öffentliche Kommentare bis Ende Februar erbeten. Nach Auswertung dieser Kommentare werden wir diese Leitlinien baldmöglichst verabschieden.

4. Andere Felder des Wettbewerbsrechts

Soweit zu den zwei zentralen Reformvorhaben des letzten Jahres. Ich möchte zum Abschluss jedoch betonen, dass sich unsere Arbeit und auch unserer Reformwille nicht auf die beiden Gebiete der Fusionskontrolle und der Artikel 81 und 82 beschränkt. Andere Aktivitäten sind ebenfalls von zentraler Bedeutung für die europäische Wettbewerbspolitik. Lassen sie mich nur zwei nennen:

Zum einen, die **Beihilfenkontrolle**. Auch hier sind wir mitten in einem ambitionierten Reformprogramm. Unser Ziel ist es, die Verfahrensordnung, einschließlich unserer internen Arbeitsmethoden, zu verbessern und die substantiellen Regeln zu vereinfachen und zu aktualisieren. Persönlich glaube ich, dass wir auch in diesem Feld Mittel finden müssen, mit deren Hilfe wir die Fälle identifizieren, die substantielle Wettbewerbsprobleme aufwerfen. Wir sollten uns auf diese Fälle konzentrieren und nicht jene Fälle aufgreifen müssen, die weniger schwerwiegend sind. Schließlich bin ich auch davon überzeugt, dass wir unsere Kommunikationsaktivitäten verstärken müssen, um sicherzustellen, dass die Legitimität der Beihilfenkontrolle allgemein akzeptiert wird.

Zum anderen möchte ich die **internationale Zusammenarbeit** im Bereich des Wettbewerbsrechts erwähnen. Auf diesem Feld haben wir in den letzten Jahre grosse Fortschritte gemacht. Die Schaffung des „International Competition Network“ (ICN) ist sicher eine der bedeutendsten Entwicklungen der letzten Jahre auf diesem Gebiet. Weniger als 1 ½ Jahre nach seiner Gründung umfasst dieses Netzwerk die Mehrzahl der existierenden Wettbewerbsbehörden aus Industrie- und Entwicklungsländern. Die erste Konferenz der ICN im letzten Jahr in Neapel war ein grosser Erfolg und ich bin mir sicher, dass auch das diesjährige Treffen in Merida, Mexiko, einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung einer weltweiten Wettbewerbskultur leisten wird.

5. Schluss

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich hoffe, dass meine Ausführungen Sie davon überzeugt haben, dass wir die richtigen Weichenstellungen für die Zukunft der europäischen Wettbewerbspolitik vorgenommen haben. Bei allem Fokus auf Reformen sollten wir jedoch nicht vergessen, dass unser generelles Ziel unverändert bleibt: die Sicherung des Wettbewerbs im Gemeinsamen Markt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.